

Heinrich August Winkler

Politik ohne Alternative? Probleme einer Geschichte der Arbeiterbewegung in der Endphase der Weimarer Republik*

Was ich Ihnen heute vortragen möchte, sind Überlegungen im Zusammenhang mit dem letzten Band meiner dreibändigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Der Band befaßt sich mit der Endphase von Weimar, der Zeit vom Sommer 1930 bis zum Januar 1933, in der die erste deutsche Republik nicht mehr parlamentarisch, sondern mit Hilfe von Notverordnungen des Reichspräsidenten regiert wurde. *Drei* Fragen sind es, denen ich mich heute besonders zuwenden will. *Erstens*: Was sind die Ursachen dafür, daß die parlamentarische Demokratie im März 1930 gescheitert ist? *Zweitens*: Welche Handlungsspielräume hatte die Sozialdemokratie in der Zeit des ersten Präsidialkabinetts Brüning? (Es ist diese Zeit, von Ende März 1930 bis Anfang Oktober 1931, mit der ich mich im folgenden besonders befassen möchte, wobei das Für und Wider der »Tolerierungspolitik«, der parlamentarischen Stützung Brünings ab Oktober 1930, im Mittelpunkt stehen wird.) *Drittens*: Welche allgemeineren Schlußfolgerungen für die historische Urteilsbildung könnten sich aus dem engeren Thema meiner Arbeit ergeben?

I.

Zum ersten Abschnitt also, der Frage nach den Ursachen für das Scheitern der parlamentarischen Demokratie. Eines der klügsten Urteile über Weimar stammt von Aristoteles. In seiner »Politik« bemerkt er einmal, der Anfang sei schon die Hälfte des Ganzen. Das gilt in der Tat auch für die Weimarer Republik und ihre revolutionäre Entstehungsgeschichte. Die deutsche Revolution von 1918/19 ist bis heute ein kontroverses Ereignis geblieben. Aber zweierlei ist unbestritten. Erstens: Der Verlauf der Revolution hatte eine prägende Wirkung auf die gesamte Republik. Und zweitens: Diese Revolution war keine der »klassischen« Revolutio-

* Vortrag, gehalten am 4. 2. 1986 im Wissenschaftskolleg zu Berlin.

nen, nicht vergleichbar der großen französischen Revolution von 1789 und auch nicht der russischen Oktoberrevolution von 1917.

1918/19 vollzog sich in Deutschland ein politischer Systemwechsel, keine gesellschaftliche Umwälzung. Es gab ein hohes Maß an Kontinuität, ja man kann von »Überkontinuität« sprechen. Zwei Gründe möchte ich zunächst zur Erklärung heranziehen: Der erste ist der in Deutschland erreichte Grad an *Industrialisierung*, der zweite der Grad an *Demokratisierung*. Die Revolution von 1918/19 war die erste Revolution in einer hochentwickelten, arbeitsteiligen Industriegesellschaft. Eine solche Gesellschaft verträgt offenbar radikale Umwälzungen viel schwerer als überwiegend agrarische Gesellschaften (wie, beispielsweise, die französische von 1789 oder die russische von 1917). Eduard Bernstein, der Vater des sozialdemokratischen Revisionismus, hat 1921 in seinem Buch über die deutsche Revolution angemerkt, wie in der Biologie seien auch in der menschlichen Gesellschaft primitive Organismen leichter umzubilden als komplexere. Ich zitiere: »Je vielseitiger ... ihre innere Gliederung, je ausgebildeter die Arbeitsteilung und das Zusammenarbeiten ihrer Organe bereits sind, umso größer die Gefahr schwerer Schädigung ihrer Lebensmöglichkeiten, wenn versucht wird, sie mit Anwendung von Gewaltmitteln in kurzer Zeit in bezug auf Form und Inhalt radikal umzubilden. Gleichviel, ob sie sich darüber Rechenschaft ablegen oder nicht, haben die maßgebenden Führer der Sozialdemokratie das aus der Einsicht in die tatsächlichen Verhältnisse begriffen und ihre Praxis in der Revolution danach eingerichtet.«

Bernsteins These deckt sich mit einer Ansicht, die in jüngster Zeit vor allem von Richard Löwenthal vertreten wird: Industriegesellschaften bedürfen, um zu funktionieren, eines hohen Maßes an administrativer Kontinuität. Löwenthal sieht darin den entscheidenden Grund für den Konsens zwischen den sozialdemokratischen Volksbeauftragten von 1918/19 und den Massen ihrer Anhänger - einen Konsens, der im wesentlichen in einem Anti-Chaos-Reflex bestand.

Auch auf die Folgen der Demokratisierung hat bereits Bernstein hingewiesen. Deutschland kannte, bis zum Oktober 1918, kein parlamentarisches System, wohl aber (seit 1867 im Norddeutschen Bund, seit 1871 im Deutschen Reich) das allgemeine, gleiche Männerwahlrecht. Die Gewöhnung an das allgemeine Wahlrecht hatte zur Folge, daß es in Deutschland, anders als im zaristischen Rußland, keinen Boden für die Parole »Diktatur des Proletariats« gab. Das allgemeine Wahlrecht war ein tradierter Teilhabeanspruch. Er schlug sich Ende 1918 im Ruf nach baldigen Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung nieder.

Der Grad der Industrialisierung und der Grad der Demokratisierung sind Gründe dafür, daß es in Deutschland 1918/19 nicht zu einer radikalen gesellschaftlichen Umwälzung kam. Aber sie erklären nicht, warum

die regierenden Sozialdemokraten die vorhandenen Handlungsspielräume nicht nutzten - Handlungsspielräume für Eingriffe, die der erstrebten parlamentarischen Demokratie ein festes soziales Fundament gegeben hätten. Ich denke dabei an die Republikanisierung des Militärs, die Demokratisierung von Verwaltung und Justiz, die Vergesellschaftung des Steinkohlenbergbaus. In allen diesen Bereichen hätte es darum gehen müssen, Bollwerke von Kräften zu schleifen, die aus der Zeit des Kaiserreiches als geschworene Gegner einer Demokratisierung bekannt waren.

Geschehen ist in dieser Hinsicht nichts, und ich sehe dafür vor allem einen Grund: die überlieferte sozialdemokratische Spielart von Marxismus. Sie bestand im Kern aus dem Glauben, daß die Geschichte zwangsläufig den Sozialismus hervorbringen werde. Folglich durfte man der Geschichte nicht zur Unzeit ins Handwerk pfuschen - etwa durch eine übereilte Sozialisierung. Der Sozialismus sollte nicht diskreditiert werden, und das war nur sicherzustellen, wenn er blieb, was er war: Theorie.

Nach den Ursachen nun zu den Folgen der Überkontinuität. Da war *erstens* die Chance der »alten Eliten«, ihre vorübergehend in Frage gestellten Machtpositionen zu befestigen und die Zugeständnisse von 1918 zu revidieren. Der Industrie gelang das Ende 1923, als der Achtstundentag, die wichtigste soziale Errungenschaft aus der Revolutionszeit, faktisch weitgehend aufgehoben wurde. Der Triumph der vorindustriellen Trägerschicht des alten Preußen war womöglich noch größer: Sie konnte 1925 die Wahl des Generalfeldmarschalls von Hindenburg zum Reichspräsidenten erreichen. Die preußische Grundaristokratie bewies damit wieder einmal ihr Geschick, Massen zu mobilisieren - eine Fähigkeit, welche den deutschen Großunternehmern in viel geringerem Maß eigen war.

Eine *zweite* Folge der Überkontinuität waren die Schwierigkeiten der Sozialdemokratie, der Staatsgründungspartei von Weimar, in der Republik *ihren* Staat wiederzuerkennen und sich mit Weimar vorbehaltlos zu identifizieren. Es ist keine Übertreibung, von einem tiefen Zwiespalt in der Weimarer Sozialdemokratie zu sprechen. Die *eine* Seele in ihrer Brust sehnte sich nach der »natürlichen« Oppositionsrolle zurück, die ihr im Kaiserreich zugefallen war. Die *andere* Seele wollte die Macht im Staat festhalten (das war in Preußen der Fall) oder wiedererobern (das war so im Reich zwischen 1924 und 1928). Die Folge dieses inneren Konflikts war, daß die SPD ihren Normalzustand weder in der unbedingten Opposition noch in der offenen Mitregierung fand, sondern in der unechten Koalition - in Gestalt der Tolerierung von bürgerlichen Minderheitsregierungen, ja sogar der teilweisen Tolerierung rechter Mehrheitsregierungen. Stresemann konnte seine Außenpolitik in den Jahren 1924 bis 1928 nur auf Grund dieser Haltung der Sozialdemokratie betreiben.

Die letzte formelle Koalitionsregierung mit sozialdemokratischer Beteiligung, die letzte Mehrheitsregierung überhaupt - die Große Koalition unter dem sozialdemokratischen Reichskanzler Hermann Müller in den Jahren von 1928 bis 1930 - ist im März 1930 nur vordergründig an einem Streit um die Arbeitslosenversicherung gescheitert. (Die rechte Flügelpartei, die unternehmerfreundliche Deutsche Volkspartei, wollte die Leistungen senken und die Beiträge nicht erhöhen, die linke Flügelpartei, die SPD, wollte umgekehrt die Beiträge erhöhen und die Leistungen erhalten.) Die tieferen, strukturellen Gründe fasse ich in einer These zusammen: *Was 1929/30 zur Diskussion stand, waren auf der einen Seite die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Sozialen und auf der anderen Seite die sozialen Rahmenbedingungen der Wirtschaft.*

Sozialdemokraten und Freien Gewerkschaften ging es darum, die sozialen Errungenschaften, darunter die 1927 eingeführte Arbeitslosenversicherung, und das erreichte Lohnniveau auch in der Krise zu verteidigen - und das nicht zuletzt, um der Republik die Loyalität der Arbeiter zu sichern. Sozialer Abbau bedeutete für die SPD immer ein erhöhtes Risiko, Arbeiter an die kommunistische Konkurrenz zu verlieren. Koalitionspolitik war nach sozialdemokratischer Mehrheitsmeinung also nur gerechtfertigt, wenn die sozialen Leistungen erhalten blieben. Abschied von der Koalition durfte die SPD mithin auch dann nehmen, wenn es keine parlamentarische Alternative zur bestehenden (Großen) Koalition gab - und ebendies war im Frühjahr 1930 der Fall.

Die Deutsche Volkspartei und die Unternehmer waren hingegen der Meinung, daß die sozialen Errungenschaften zu teuer und die Löhne überhöht waren. Eine Korrektur hielten sie auch um den Preis der Abwendung vom System der parlamentarischen Mehrheitsregierung und damit der Hinwendung zum Präsidialsystem, der Regierung mit Hilfe des Notverordnungsartikels 48, für notwendig. Für diese Alternative gab es mächtige Verbündete, nämlich die Großagrarier und die Reichswehrführung: Kräfte, die, um Carl Schmitt zu zitieren, »Zugang zum Machthaber«, nämlich dem Reichspräsidenten von Hindenburg, hatten. Als mit der Ratifizierung des Young-Plans im März 1930 die letzte Klammer fiel, die die Große Koalition noch zusammengehalten hatte, war es leicht geworden, dem Kabinett Hermann Müller ein rasches Ende vorherzusagen.

War der Gegensatz zwischen den Positionen des rechten und des linken Flügels der Großen Koalition ein kontradiktorischer oder gab es doch noch Möglichkeiten der Verständigung? Einige führende Sozialdemokraten, darunter der Reichskanzler Hermann Müller, der Reichsinnenminister Carl Severing, der preußische Ministerpräsident Otto Braun und der »Chefideologe« der SPD, Rudolf Hilferding, setzten bis zuletzt auf Kompromiß. Sie waren durchaus bereit, wirtschaftliche Rahmenbe-

dingungen des Sozialen anzuerkennen, und übten Kritik an der »Pumpwirtschaft«, der allzu hohen Verschuldung - vor allem der Gemeinden.

Über die Führung der SPD hinausgehend und das Gros der Partei einbeziehend, möchte ich im Hinblick auf die Zeit von Anfang 1929 bis Ende 1931 von einem *Sanierungskonsens* sprechen - vergleichbar dem *Inflationskonsens* der Jahre 1919 bis 1921 und dem *Rationalisierungskonsens* der Jahre 1924 bis 1928. Die SPD wollte allerdings die Staatsfinanzen nicht auf Kosten der sozial Schwachen sanieren; wenn schon die Löhne gesenkt werden mußten, dann auch die Preise. Zum Sanierungskonsens gehörte also auch ein fortdauernder Verteilungsdissens.

Eine Minderheit der führenden Sozialdemokraten zog aus der politischen Lage im Frühjahr 1930 den Schluß, daß man die Brücke betreten müsse, die der Vorsitzende der Zentrumsfraktion im Reichstag, Heinrich Brüning, in letzter Stunde schlug: Es war der Vorschlag, den Streit um die Arbeitslosenversicherung in der Hauptsache zu vertagen. Die Mehrheit, darunter die Führung der Freien Gewerkschaften, lehnte den Brüning-Kompromiß ab, und übernahm damit, zumindest formell, die Verantwortung für den Bruch der Großen Koalition.

Für die Bereitschaft zum Kompromiß hätte gesprochen, daß die Gegenseite keine geschlossene Front bildete. Die Schwerindustrie leugnete kategorisch, daß es in einer Demokratie nicht nur wirtschaftliche Bedingungen des Sozialen, sondern auch soziale Bedingungen der Wirtschaft gab. Die Exportindustrie war in der Regel eher bereit, einen Ausgleich mit den Gewerkschaften zu suchen. In der Deutschen Volkspartei war der harte rechte Flügel, der von der Schwerindustrie kontrolliert wurde, in der Minderheit. So paradox es klingt: Die Zerstrittenheit der rechten Flügelpartei der Großen Koalition, in der Vergangenheit oft eine Hypothek dieses Bündnisses, war in der Krise vom März 1930 die letzte marginale Chance, das Kabinett Müller, wenn auch wohl nur auf kurze Zeit, zu retten.

Die parlamentarische und außerparlamentarische Rechte hatte den Bruch der Großen Koalition gewollt, die SPD nahm ihn mißbilligend in Kauf. Aber so klar die Hauptschuld zutage liegt: Es war ein Fehler, daß die Sozialdemokratie die letzte Chance nicht genutzt hat. Denn was dann kam, die Ära der Präsidialregierungen, war nicht nur eine logische, sondern die allseits vorausgesehene Konsequenz des Bruches der Großen Koalition. Damit komme ich zum zweiten Abschnitt meines Referats: den Handlungsspielräumen der Sozialdemokratie unter dem ersten Kabinett Brüning, das von Ende März 1930 bis Anfang Oktober 1931 regierte.

II.

Die Regierung Brüning war zunächst, bis zum Juli 1930, nur eine verdeckte Präsidialregierung, die sich auf rechte Zufallsmehrheiten stützte. Aber die Architekten dieses Kabinetts, die engsten Berater Hindenburgs, waren entschlossen, dem neuen Kanzler, sobald er die parlamentarische Mehrheit verlor, das zu geben, was sie Hermann Müller verweigert hatten - die Notstandsvollmachten des Artikels 48 der Weimarer Reichsverfassung. Mit Hilfe dieses Artikels rückte der Reichspräsident zum Ersatzgesetzgeber auf, ja er konnte als Inhaber der kommissarischen Diktaturgewalt fungieren.

Im Juli 1930 trat die Situation ein, um derentwillen Brüning berufen worden war. Die Regierung erlitt eine Abstimmungsniederlage; die erste Notverordnung kam heraus; der Reichstag forderte mit den Stimmen der SPD ihre Rücknahme; daraufhin wurde der Reichstag aufgelöst und eine neue Notverordnung erlassen. Aus der Reichstagswahl vom 14. September 1930 ging die NSDAP als eindeutiger Sieger hervor (statt bisher über 12 verfügte die Partei Hitlers nun über 107 Sitze).

Die Regierung Brüning konnte im neuen Reichstag nur dann noch eine parlamentarische Mehrheit finden, wenn zu den Parteien der Mitte und der gemäßigten Rechten andere hinzutraten: konkret entweder NSDAP oder SPD. Das Regierungslager, einschließlich der Reichswehr, zog damals die Unterstützung durch die SPD als das kleinere Übel vor - und umgekehrt: Die SPD entschied sich, um eine formelle oder informelle Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten zu verhindern, für die Regierung Brüning.

Das Kapitel »Tolerierungspolitik« ist eines der umstrittensten in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Die Liste der Vorwürfe, die in der Geschichtsschreibung gegen die SPD erhoben werden, ist lang. Ich greife die wichtigsten in schlagwortartiger Verkürzung heraus: Entparlamentarisierung des politischen Systems von Weimar durch Beihilfe bei der Entmachtung des Reichstags; Verschärfung der Wirtschaftskrise und Förderung der politischen Radikalisierung durch Stützung des unpopulären Sparkurses von Brüning; Selbstlähmung im außerparlamentarischen Abwehrkampf gegen den Faschismus durch übertriebenen Legalismus; Vertiefung der Gegensätze zu den Kommunisten in einer Situation, in der die proletarische Einheitsfront die letzte Rettung vor dem Faschismus und also das Gebot der Stunde gewesen wäre.

Meine These lautet demgegenüber: Die Tolerierungspolitik war für die Sozialdemokraten solange eine Politik ohne Alternative, als sie die Macht in Preußen, den wichtigsten Teil der ihnen verbliebenen staatlichen Macht, behalten wollten. Die Sozialdemokraten mußten die Macht in Preußen behalten wollen, um den Nationalsozialismus wirksam bekämpfen zu können.

Die Weimarer Koalition, die in Preußen regierte, bestand aus den Sozialdemokraten, dem Zentrum und der linksliberalen Deutschen Staatspartei. Die SPD war also auf die Partei Brünings, das Zentrum, angewiesen. Brachte die Sozialdemokratie im Reich Brüning zu Fall, so stürzte mit großer Wahrscheinlichkeit kurz darauf Otto Braun in Preußen. Mit Braun fiel dann Carl Severing, der seit Herbst 1930 preußischer Innenminister war; mit Severing aber verlor die SPD die Kontrolle über die preußische Polizei, das wichtigste staatliche Machtmittel im Kampf gegen den Nationalsozialismus.

Ich möchte mit einem Zitat aus den Akten der Reichskanzlei illustrieren, wie sehr den Beteiligten der hier skizzierte Zusammenhang bewußt war. In der Kabinettsitzung vom 30. November 1930 erklärte Brüning: »Was im übrigen die Haltung der politischen Parteien zu der von ihm, dem Reichskanzler, in Aussicht genommenen neuen Notverordnung anlange, so sei zu betonen, daß die Nationalsozialisten nach der letzten Rede (Gregor) Strassers nicht mehr in die Regierung wollten. Vielmehr erstrebten sie Neuwahlen in der Hoffnung auf weitere Mandatsgewinne. Die Deutschnationalen wollten nach der Erklärung Hugenberg's das Kabinett nicht unterstützen, vor allem in Anbetracht der Stellung des Kabinetts zur Sozialdemokratie. Unter diesen Umständen müsse die Sozialdemokratie dem Kabinett eine Mehrheit für die neue Notverordnung schaffen. Sollte die Sozialdemokratie sich hier versagen, werde vom Zentrum die Frage der Preußen-Koalition aufgerollt werden. Er, der Reichskanzler, nehme an, daß die Sozialdemokratie und insbesondere auch der preußische Ministerpräsident sich hierüber ganz im Klaren seien. Staatssekretär Dr. Weismann (vom preußischen Staatsministerium) bestätigte, daß der Preußische Ministerpräsident sich hierüber vollkommen im Klaren sei.«

Die von Brüning angekündigte Notverordnung kam am 1. Dezember 1930 heraus. Die »Rote Fahne«, das Zentralorgan der KPD, erschien tags darauf unter der Schlagzeile »Faschistische Republik«. In dem Artikel hieß es: »Wir haben eine faschistische Republik ... Dieses Kabinett hat sich in die faschistische Diktatur verwandelt.« Im Reichstag stellten Nationalsozialisten, Deutschnationale und Kommunisten Anträge auf Aufhebung der Notverordnung. Mit den Stimmen der SPD wurden diese Anträge abgelehnt. Kurz danach vertagte sich das Parlament bis Februar 1931. Der »Vorwärts«, das Organ der SPD, kommentierte am 13. Dezember unter der Überschrift »Ferien vom Reichstag«: »Am 14. September waren die deutschen Wähler und Wählerstimmen sehr verschiedener Meinung darüber, wie der neue Reichstag aussehen solle. Heute, drei Monate später, sind sie wohl alle *einer* Meinung, daß dieser Reichstag eine Mißgeburt ist und daß man froh sein muß, wenn man von ihm nichts hört und nichts sieht ... Mit Artikel 48 und Vertagungen wird man sich

hindurchwürgen müssen, bis das Volk dieses Treiben satt hat und ihm durch die Wahl eines neuen arbeitsfähigen Reichstages ein Ende bereitet.«

Ernst Heilmann, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion im preußischen Landtag, war einige Tage vorher zum gleichen Ergebnis gekommen. Im Diskussionsorgan »Das Freie Wort« schrieb er: »Ein Reichstag mit 107 Nationalsozialisten und 77 Kommunisten kann in Wirklichkeit nicht arbeiten. Ein Volk, das einen solchen Reichstag wählt, verzichtet damit effektiv auf die Selbstregierung. Und sein Gesetzgebungsrecht wird automatisch durch den Artikel 48 ersetzt. Diese für jeden Freund der Demokratie höchst betrübliche Tatsache muß man hinnehmen, bis das deutsche Volk zu einer gescheiteren Wahl fähig geworden ist. Bis zur nächsten Wahl funktioniert der Reichstag in Wirklichkeit nicht.«

Otto Braun, zu Zeiten des Reichspräsidenten Friedrich Ebert ein scharfer Kritiker des häufigen Rückgriffs auf den Artikel 48, äußerte am 17. Dezember 1930 im Rundfunk, wenn das Parlament infolge seiner Durchsetzung mit antiparlamentarischen Gruppen nicht willens und fähig sei, seine verfassungsmäßigen Aufgaben und die für das Volk lebenswichtigen Arbeiten zu erledigen, »dann, aber auch nur dann muß das politische SOS-Notzeichen gegeben werden, dann muß das Notventil dieser Verfassung für so lange Zeit geöffnet werden, bis der akute Notstand beseitigt ist, den das Parlament nicht meistern konnte oder nicht meistern wollte«. Der »Vorwärts« veröffentlichte Brauns Rundfunkrede unter der Überschrift »Erziehung zur Demokratie«.

Dies war in der Tat das Dilemma der späten Weimarer Sozialdemokratie: Um der Idee der parlamentarischen Demokratie willen sagte die SPD dem empirischen Parlament den Kampf an. Der Otto Braun vom Dezember 1930 war nicht mehr weit entfernt von dem Carl Schmitt des Jahres 1932, der in »Legalität und Legitimität« die Lehre von den zwei Verfassungen in der Weimarer Reichsverfassung vortrug - einem wertneutralen, funktionalistischen Mehrheitssystem und einer substanzhaften Ordnung als materiellem Verfassungskern, den es zu retten gelte. Braun hätte »substanzhafte Ordnung« gewiß anders definiert als Schmitt. Aber einig waren beide, Preußens regierender Sozialdemokrat und der führende Staatsrechtler der deutschen Rechten, in der Kritik am Relativismus der Weimarer Reichsverfassung. Die »Erziehung zur Demokratie«, von welcher der »Vorwärts« sprach, hat Weimar freilich nichts mehr genützt, sondern erst der zweiten deutschen Republik.

Die Sozialdemokraten befanden sich seit ihrer Entscheidung für die Tolerierungspolitik im Oktober 1930 auf einer Gratwanderung, und einige Verteidiger dieser Politik sahen die Gefahr des Absturzes sehr deutlich. Georg Decker - ein russischer Emigrant, der eigentlich Georg

Deneke hieß - schrieb im Dezember 1930 im theoretischen Organ der SPD, der »Gesellschaft«: »Die größte Schwierigkeit der Tolerierungspolitik besteht darin, zu entscheiden, wann diese Politik als Rettung der Demokratie gelten kann und wann sie selber für eine Gefahr für die Demokratie zu werden droht ... Ihr Erfolg hängt ... nicht nur von der Partei ab, die toleriert, sondern auch in vielleicht noch stärkerem Maße vom Verhalten der Regierung, die toleriert wird ... Wenn die regierende Minderheit durch Drohungen mit der Beseitigung der Demokratie ihren Willen erzwingt, dann gibt es keine Demokratie mehr, dann ist die Diktatur schon da.« Decker schloß mit der Mahnung, die Tolerierungspolitik nicht bis zu dem Punkt zu treiben, wo Juvenals Wort gelte: »propter vitam vivendi perdere causas«. Tatsächlich wurde die Tolerierungspolitik fortgesetzt, solange es eine Regierung Brüning gab, bis Ende Mai 1932. Es kam darüber zu innerparteilichen Zerreißproben, ja zur Abspaltung des äußersten linken Flügels der SPD, der sich im Herbst 1931 als Sozialistische Arbeiterpartei verselbständigte. Der Konflikt, der in der Gründung der SAP gipfelte, begann am 20. März 1931: Die SPD stimmte, um Brüning zu retten, dem Bau des Panzerkreuzers B zu - eine schwierige Entscheidung, wenn man bedenkt, daß der Panzerkreuzer A im Herbst 1928 die Sozialdemokraten zu einem Aufstand gegen ihren eigenen Kanzler, Hermann Müller, getrieben hatte. Ernst Heilmann kommentierte im »Freien Wort«: »Eine der schwersten Strafen des brutalen Mittelalters war die Verurteilung zur Galeere. Angeschmiedet an die Ruderbänke mußten auf den Galeeren des Mittelalters die Zuchthäusler rudern und rudern, bis sie der Tod von der Sklavenfron erlöste. Der Faschismus würde die ganze Arbeiterklasse zu Galeerensklaven machen. Wir hatten die Wahl zwischen Galeere und Panzerkreuzer. Es konnte gar keinen Zweifel geben, daß wir den Panzerkreuzer schwimmen lassen mußten.«

Im Falle »Panzerkreuzer B« läßt sich auch einiges über die Haltung ablesen, die die »Basis« der SPD gegenüber der Tolerierungspolitik einnahm. Neun Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion stimmten am 20. März 1931 mit den Kommunisten gegen den Panzerkreuzer. Das war ein bisher nicht dagewesener »Disziplinbruch«. Bis auf einen Abgeordneten erhielten die Abweichler aber die Zustimmung ihrer (unteren) Parteigliederungen, und zwar in drei Fällen bis hinauf zur Ebene des Parteibezirks. Der Disziplinbruch war bei der großen Mehrheit noch unpopulärer als der Panzerkreuzer, der bislang höchste Preis der Tolerierungspolitik.

Auf dem Leipziger Parteitag der SPD im Juni 1931 wurde das Verhalten der neun Dissidenten mit großer Mehrheit verurteilt. Wilhelm Sollmann, der Sprecher der Reichstagsfraktion, erhielt großen Beifall, als er sagte: »Der Nationalsozialismus ist durch uns von der Regierungsgewalt zurück-

gehalten worden, und wenn es im Oktober 1930 gelungen ist, die Auslieferung der Reichswehr und der Schupo an die Nationalsozialisten zu verhindern, dann glaube ich, sollte keine Kritik im einzelnen uns an der Feststellung hindern: das ist nicht nur ein großer, das ist ein europäischer Erfolg der deutschen Sozialdemokratie.«

Die Freien Gewerkschaften bezogen dieselbe Position wie die SPD. Sie kritisierten die sozialen Härten der Notverordnungen, namentlich derjenigen vom 5. Juni 1931, aber sie übernahmen keine Anstrengung, die SPD zum Bruch mit Brüning zu bewegen. Auf dem Bundeskongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Anfang September 1931 in Frankfurt erklärte beispielsweise der Vorsitzende der größten Einzelgewerkschaft, des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Alwin Brandes, ein ehemaliger Unabhängiger Sozialdemokrat: »Ein Sturz der Regierung Brüning wäre sehr leicht von uns herbeizuführen. Unter den gegebenen Umständen würde er aber keine Besserung der Lage der Arbeiterschaft bringen. Im Gegenteil, es würde ein wirtschaftliches Chaos, eine politische Katastrophe die Folge sein und damit eine noch weit schlimmere Leidenszeit für die Arbeiter.«

Und dann folgte eine Bemerkung, die mir ein gradezu klassischer Ausdruck des Selbstverständnisses der Sozialdemokratie zu sein scheint: »Ein Bürgerkrieg, wie ihn die linksradikalen Kreise fordern, weil sie glauben oder zumindest angeben zu glauben, damit das Los der Arbeiterklasse bessern zu können - ein solcher Bürgerkrieg würde das komplizierte wirtschaftliche Gewebe Deutschlands vollständig zerfetzen und würde dadurch wahrscheinlich auf viele Jahrzehnte hinaus diese Wirtschaft zertrümmern und zerstören. Und nicht nur das. Gleichviel, wie der Ausgang einer solchen Katastrophe sein würde, die Folge müßte und würde auch sein, daß Deutschland selbst zerstückelt, daß die deutsche Kultur zerstört sein würde.« Der Anti-Chaos-Reflex von 1918/19, er war auch noch in den frühen dreißiger Jahren wirksam.

Brandes' Distanzierung von den Kommunisten entsprach ganz der Parteimeinung, und das veranlaßt mich, an dieser Stelle auf das Verhältnis von SPD und KPD einzugehen. Eine »Einheitsfront« von Sozialdemokraten und Kommunisten erscheint ja vielen im nachhinein als *die* Alternative zur Tolerierungspolitik. Ich halte das für einen Wunschtraum. Die SPD war eine, nein *die* staatstragende Partei in der Weimarer Republik; sie war es seit 1930, als dieser Staat weniger als je zuvor der ihre war, mehr denn je. Die KPD gab sich als eine, nein als *die* Partei des gewaltsamen Umsturzes schlechthin - und sie wurde weithin als das gesehen, was sie vorgab zu sein, obwohl sie gar keine konkreten Revolutionspläne hatte. Sie sprach von »Sowjetdeutschland« und von der Vernichtung des Klassenfeindes; sie nahm, bis zum November 1931, individuellen Terror ihrer Anhänger in der Regel hin; sie bekannte sich zur

Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes und damit zur Illegalität. Was die KPD sagte und tat, reichte aus, um Bürger, und nicht nur Bürger, in Angst und Schrecken zu versetzen, aber nicht, um einen Bürgerkrieg zu entfesseln.

Das lag nicht zuletzt an der Abhängigkeit der KPD von der Komintern, von der KPdSU, von Stalin. Die KPD war, wie Richard Löwenthal einmal formuliert hat, eine »abgeleitete totalitäre Partei«. Ihre Strategie wurde in Moskau festgelegt. Stalin wollte damals keine Revolution in Deutschland. Sein Nahziel war seit dem Sechsten Weltkongreß der Komintern von 1928 die Zertrümmerung der Sozialdemokratie, des »Sozialfaschismus«. Die SPD war die »westlichste«, die am meisten profranzösische Partei Deutschlands. Je weiter sie von der Macht entfernt wurde, um so besser. Ein deutlicher Rechtsruck, selbst eine Militärdiktatur hatte, außenpolitisch gesehen, für die Sowjetunion ihr Gutes. Die sowjetische Staatsräson, so wie die führenden Männer von Staat und Partei sie auffaßten, erforderte auf absehbare Zeit nicht den Sieg des deutschen Kommunismus, sondern die Niederlage der prowestlichen Kräfte Deutschlands.

Deswegen galt es, den »Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie«, die »soziale Hauptstütze der Bourgeoisie«, zu führen. Daher auch die Beteiligung der KPD an dem von der radikalen Rechten organisierten Volksentscheid gegen die sozialdemokratisch geführte Regierung Preußens im Sommer 1931. Am 24. Juli sagte die KPD ihren Anhängern, warum sie zusammen mit den Nationalsozialisten Brauns Weimarer Koalitionskabinett zu Fall bringen sollten: »Wo Braun und Severing regieren, da ist die Arbeiterschaft mehr unterdrückt als selbst zu Zeiten des Hohenzollern-Regimes! Die Gefängnisse, Zuchthäuser und Festungen Preußens sind voll von revolutionären Arbeitern, voll von Kämpfern für die Rechte des Volkes. Mit ihrer Politik sind Braun und Severing die Bahnbrecher des Faschismus geworden.«

Nach dem Scheitern des Volksentscheids erklärte das Sekretariat des ZK der KPD in der »Roten Fahne« vom 30. August 1931: »Der Abschluß des Volksentscheids ist nicht der Abschluß des Kampfes zur Liquidierung des Masseneinflusses der Sozialdemokratischen Partei. Der Volksentscheid war nur der Auftakt in diesem Kampfe.«

Welchen Sinn hat es noch, angesichts derart unüberbrückbarer Gegensätze, von »marxistischen« Parteien zu sprechen? Der Begriff spiegelt eine Einheit vor, die es nicht gab. Allenfalls könnte man, mit einer Anleihe bei George Bernard Shaw, SPD und KPD zwei Parteien nennen, die getrennt waren durch gemeinsame ideologische Wurzeln. »Die« Linke, »die« Arbeiterbewegung: das sind, bezogen auf Weimar, leere Begriffshülsen. Der Gegensatz war freilich nicht nur Stalins Werk. Es gab auch eine sozialdemokratische Spielart von »law and order«, die auf

Kommunisten verbitternd wirkte, etwa den »Blutmai« von 1929, inszeniert vom Berliner Polizeipräsidenten Zörgiebel. Und es gab objektive Gründe des Zwists: Die sozialen Milieus, das sozialdemokratische und das kommunistische, hatten sich auseinanderentwickelt. Die KPD war zur Partei der Arbeitslosen geworden, die SPD blieb überwiegend die Partei der noch beschäftigten Arbeiter.

Das tiefe Mißtrauen zwischen SPD und KPD war *ein* Grund, weshalb nach dem »Preußenschlag« vom 20. Juli 1932, der Absetzung der Regierung Braun durch Brünings Nachfolger, Franz von Papen, kein Generalstreik stattfand. Aber es war nicht der einzige Grund. Da waren die Demoralisierung und Entsolidarisierung der Masse der Arbeiter im Zuge der Weltwirtschaftskrise, die Angst, daß Arbeitslose in die leeren Betriebe strömen könnten; da waren Einbrüche der Nationalsozialisten in die Reihen der preußischen Polizei; da war, anders als beim Kapp-Lüttwitz-Putsch von 1920, die Tatsache, daß Reichspräsident und Reichswehr eindeutig hinter dem Staatsstreich standen. Doch es gibt keinen Zweifel: Die fehlende militante Massenabwehr war *auch* eine Folge der zwanzig Monate währenden Tolerierungspolitik und der führenden Beteiligung der SPD an der preußischen Regierung. Regierungspartei zu sein, formell in Preußen und informell im Reich, und gleichzeitig Bürgerkriegspartei: das war objektiv unmöglich.

Mit dem Ausblick auf den 20. Juli 1932 habe ich den selbstgewählten Zeitrahmen des Referats, die Regierungsperiode des ersten Kabinetts Brüning, endgültig überschritten. Ich gehe daher über zum dritten und letzten Teil meines Vortrags. Ich möchte darin auf einige allgemeinere Fragen der historischen Urteilsbildung eingehen, zu denen das Thema »Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik« Anlaß gibt. In der Einleitung zum ersten Band meiner Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik habe ich versucht, mein »erkenntnisleitendes Interesse« darzulegen. Mein politischer Maßstab ist die Orientierung an den Erfordernissen der parlamentarischen Demokratie. Die Begründung lautet: Die parlamentarische Demokratie entsprach nicht nur dem *Selbstverständnis* der Sozialdemokratie, sondern dem historischen *Bedürfnis der Zeit* eher als alle konkurrierenden Regime. Nur die parlamentarische Demokratie konnte der deutschen Gesellschaft ein ihrem kulturellen und materiellen Entwicklungsstand entsprechendes Maß an politischer Freiheit geben.

Ich habe mich damit für die »republikanische Perspektive« und gegen die reine Binnenperspektive einer Partei, in diesem Fall der Sozialdemo-

kratie, entschieden. Ein Kritiker hat mir daraufhin (in der »Neuen Gesellschaft«) vorgehalten: »Aus dem liberal-demokratischen Modellbaukasten eines westlich importierten bundesrepublikanischen Parlamentarismus-Ideals läßt sich jedenfalls kein historisch tragfähiger Ausweg aus den manifesten Identitätskrisen der politischen Kultur von Weimar hervorzaubern.« Den »liberal-demokratischen Modellbaukasten eines westlich importierten bundesrepublikanischen Parlamentarismus-Ideals« habe ich in meinem Exemplar unterstrichen und an den Rand geschrieben: Beifall aus dem Grabe Hugenberg's.

Ich möchte in der Tat festhalten an der republikanischen Perspektive. Die »Binnenperspektive«, orientiert an den kollektiven Erfahrungen und den »Gefühlswerten« des sozialdemokratischen Milieus, führt in eine methodische Sackgasse, ja sie schafft einen makaberen Präzedenzfall: Was dem einen ein Ul, ist dem andern ein Nachtigall. Bauern, Handwerker, Bildungs- und Großbürger: Haben sie nicht alle denselben Anspruch auf liebevolle Einfühlung? Die Konsequenz der Milieuhistorie ist die Apologie. Die Geschichtsschreibung wird zur Rechtfertigung dessen, was ohnehin geschah.

Es geht im übrigen nicht darum, die »Binnenperspektive« auszublenden. Es geht darum, sie einzublenden in eine umfassende Perspektive. Die Orientierung an der parlamentarischen Demokratie ist nicht, wie der zitierte Kritiker gemeint hat, ein Maßstab »von oben und außen«, sondern der Maßstab der verantwortlichen Führer der größten republikanischen Partei der Weimarer Republik. »Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik«: Das war der Titel von Hilferding's Referat auf dem Kieler Parteitag der SPD von 1927. Es ist zugleich der Maßstab, der dem aufgeklärten Selbstverständnis der Partei entsprach und der deshalb als Maßstab an ihre Politik zu legen ist.

»Selbstverständnis« und »Bedürfnis der Zeit«: das sind Kategorien, die, bewußt oder unbewußt in den Urteilen des Historikers eine Rolle spielen. Eine weitere wichtige Kategorie aber kommt noch hinzu. Es sind die *Bedingungen*, die wir kennen müssen, um historische *Handlungsspielräume* abstecken zu können.

Die Rekonstruktion der Handlungsspielräume ist erforderlich, damit wir wissen, ob es *in der Zeit* mögliche Alternativen zu dem gab, was geschah. Restriktive Bedingungen des Handelns nicht zu sehen, heißt einer *voluntaristischen* Sicht der Geschichte verfallen. Die umgekehrte Gefahr besteht darin, Handlungsspielräume zu leugnen, vorschnell Zwangslagen zu postulieren. Die Folge ist eine *fatalistische* Geschichtsbetrachtung. Zwischen der Skylla des Voluntarismus und der Charybdis des Fatalismus muß der Historiker seinen Weg zu einem Ziel suchen, das er nie ganz erreichen wird: der geschichtlichen Wahrheit. Und so sehr der Historiker auf diesem Weg auf die Erleuchtung durch Theorien angewie-

sen ist, muß er sich bewußt bleiben: Es gibt keine theoretische Diresissima zur historischen Wahrheit. Es gibt keine Alternative zum kritischen Studium der Quellen.

Zur Verdeutlichung dessen, was ich über Handlungsspielräume gesagt habe, zitiere ich aus dem Brief eines Mannes, der in der Weimarer Republik beides war, Politiker und Theoretiker. Am 23. September 1933 schrieb Rudolf Hilferding an Karl Kautsky, der ebenso wie Hilferding früher zu den Unabhängigen Sozialdemokraten gehört hatte: »Unsere Politik in Deutschland war seit 1923 sicher im Großen und Ganzen durch die Situation erzwungen und konnte nicht viel anders sein. In diesem Zeitpunkt hätte auch eine andere Politik kaum ein anderes Resultat gehabt. Aber in der Zeit von 1914 und erst recht von 1918 bis zum Kapp-Putsch war die Politik plastisch und in dieser Zeit sind die schlimmsten Fehler gemacht worden.«

Das gilt gewiß nur cum grano salis. Denn auch nach 1923 hat die SPD Fehler gemacht. Das von Hilferding entworfene Heidelberger Programm von 1925, das an prominenter Stelle das Absterben des Kleinbetriebes voraussagte und damit die selbständigen Mittelschichten in ihren Vorurteilen gegenüber der Sozialdemokratie bestärkte, war ein solcher Fehler. Die Entscheidung vom 27. März 1930, die zum unmittelbaren Anlaß für den Bruch in der Großen Koalition wurde, gehört in dieselbe Rubrik. Hilferding selbst hat dazu bemerkt, man solle nicht aus Furcht vor dem Tode Selbstmord verüben.

Aber für die Zeit danach, die Zeit »jenseits des Parlamentarismus«, hat Hilferding mit seinem Urteil, es habe keine realen Alternativen zur Politik der SPD gegeben, nach meiner Meinung im großen und ganzen recht. Ich zitiere abschließend aus dem Artikel »In Krisennot«, den Hilferding im Juli 1931 in der »Gesellschaft« veröffentlichte. Vorausgegangen war die Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, auf die Einberufung des Reichstags beziehungsweise seines Hauptausschusses zu verzichten und damit die neue Notverordnung vom 5. Juni 1931, gegen die sich ein Sturm der Entrüstung erhoben hatte, zu nächst einmal hinzunehmen. Da Brüning für den Fall, daß die SPD anders entschied, mit seinem Rücktritt und der Aufkündigung der Preußenkoalition gedroht hatte, wußten die Sozialdemokraten, was auf dem Spiel stand.

Hilferding benutzt in seiner Rechtfertigung der sozialdemokratischen Entscheidung einen Begriff, der den Historikern meiner Generation aus guten Gründen suspekt geworden ist: den Begriff der Tragik. Ich bin mir heute nicht mehr sicher, ob wir um diesen Begriff herumkommen, wenn wir von der Rolle der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Endphase der Weimarer Republik sprechen. Ich zitiere Hilferding:

»Die Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 16. Juni, auf die Einberufung des Reichstags zu verzichten und in Erwartung einiger sofortiger Milderungen in der Ausführung der Notverordnung in eine Verschiebung der Einberufung des Haushaltsausschusses einzuwilligen, war wohl die schwerste psychologische Belastung jedes einzelnen Mitgliedes. Es war nicht so, daß sich etwa zwei geschlossene Gruppen in der Fraktion gegenüberstanden; das Ringen um den richtigen Beschluß war in die Seele jedes einzelnen verlegt und jeder einzelne mußte sich immer wieder fragen, welche Entscheidung das größere - Unglück bedeutet. Es war für jeden eine tragische Situation und ihr Ernst überschattete die Reden und Argumentationen.

Diese Tragik ist begründet in dem Zusammentreffen der schweren Wirtschaftskrise mit dem politischen Ausnahmezustand, den die Wahlen vom 14. September geschaffen haben. Der Reichstag ist ein Parlament gegen den Parlamentarismus, seine Existenz eine Gefahr für die Demokratie, für die Arbeiterschaft, für die Außenpolitik. Mag man die Regierung für noch so schlecht halten, ließe man diesen Reichstag zu den ihm allein gemäßen politischen Entscheidungen freie Bahn, so wäre nur eine noch reaktionärere Regierung das unvermeidliche Resultat. Die Demokratie zu behaupten gegen eine Mehrheit, die die Demokratie verwirft, und das mit den politischen Mitteln einer demokratischen Verfassung, die das Funktionieren des Parlamentarismus voraussetzt, es ist fast die Lösung der Quadratur des Kreises, die da der Sozialdemokratie als Aufgabe gestellt ist - eine wirklich noch nicht dagewesene Situation.«